

# **FARC will über Austausch Gefangener sprechen; Präsident sagt, Regierung sei bereit, falls Freigelassene demobilisiert werden**

(El Tiempo, 14.4.03)

Beide Seiten schlagen offenen Dialog vor, aber derartige Erklärungen, jeweils separat und ohne Bezug auf die Gegenseite, zeigen, dass die Polarisierung nicht abgenommen hat.

Die Guerilla hat über das Internet hervorgehoben, dass sie Wege zum "zivilisierten Zusammenleben einschlagen" möchte und dies durch Friedensgespräche zu erreichen sucht, die mit dem Militär "per Du" zu führen seien, wobei sie Alvaro Uribe als Gesprächsführer total ignoriert.

Zur Frage der Suche nach einem humanitären Übereinkommen schlägt die FARC vor, man solle doch positiv auf ihren Vorschlag reagieren, nicht nur was den Austausch von Gefangenen, sondern auch was ein treffen auf kolumbianischem Boden ohne Vermittler angeht.

Die Nachricht der FARC, unterschrieben von "Manuel Marulanda" weist darauf hin, dass sie nur vor hat, eine bestimmte Gruppe von ihr Entführter freizulassen, aber verlangt, dass dafür alle FARC-Mitglieder, die in kolumbianischen Gefängnissen sitzen freigelassen werden, und zwar in Kolumbien,

Die FARC fordert, dass die Regierung, nachdem sie diese Forderungen analysiert hat, eine Verhandlungskommission ernennt, wobei dabei die Hilfe durch fremde Staaten von der FARC in einer Veröffentlichung am 8.2.03 abgelehnt wurde.

Die Regierung hat verlautbart, dass sie die Schaffung neuer entmilitarisierter Zonen total ablehne. Und in der Tat hat Uribe die Wahl u.a. dadurch gewonnen, dass er sich kategorisch gegen die Beibehaltung der Entmilitarisierung des Caguán aussprach, wo die gescheiterten Friedensgespräche mit der Regierung Pastrana stattgefunden hatten. Auch hat der Präsident ein Treffen im Ausland vorgeschlagen, die Einschaltung von Vermittlern und die Teilnahme der UNO.

Am Sonntag hatte Uribe der Zeitung "El Colombiano" gesagt, er sei.....bereit, innerhalb von fünf Minuten zu Gesprächen mit ihnen (der FARC, A.d.Ü.) aufzubrechen.

Und er fügte hinzu: "Um einer Guerilla, die sich demobilisieren lassen will, die dafür erforderlichen Möglichkeiten zu schaffen, wird man keine Regierung finden, die dazu schneller bereit ist als die von mir geführte".

Die FARC hat die Regierung für deren Sichtweise kritisiert, es handle sich nur um eine einfache Verhandlung über Entwaffnung und Demobilisierung. Sie lehnt die Teilnahme der UNO ab.....

Abgesehen von diesen Erklärungen, wurde die Verlautbarung der FARC, sie erwarte die Nominierung einer Verhandlungskommission und werde selbst auch eine solche ernennen, positiv aufgenommen von den Familien der Entführten, da diese hoffen, damit werde sich ein eventueller Austausch konkretisieren.....